



GEMEINSAM
RHEINLAND-PFALZ
GESTALTEN



Arbeitsgemeinschaft
der Beiräte für
Migration und Integration
Rheinland-Pfalz

NEWSLETTER

Editorial

Menschen mit Flucht- und Asylgeschichte

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Leserinnen, liebe Leser,

unter Flucht versteht man das spontane oder gezielte Verlassen eines Landes oder Ortes, gegebenenfalls unerlaubt oder illegal. Seit dem 2. Weltkrieg gibt es erstmalig wieder weltweit über 50 Millionen Menschen mit Flucht- und Asylgeschichte sowie Binnenv Vertriebene.* Das entspricht einer wesentlich höheren Anzahl als beispielsweise der gesamten Einwohnerzahl Spaniens (47.370.000). Sowohl rechtlich als auch moralisch und ethisch betrachtet, ist es eine Pflicht jedes demokratischen Landes, Hilfesuchenden nachhaltigen Schutz und gesellschaftliche Teilhabe zu bieten. Kein Mensch darf einer existenzbedrohenden Gefährdung ausgesetzt sein. Daher unterstützt die AGARP den Aufruf von Bürgerrechts- und Flüchtlingsorganisationen an den Bundestag, den Bundesrat und die Bundesregierung. Im Aufruf vom 30. April 2014 heißt es, dass Roma-Flüchtlinge kein "sicheres Herkunftsland" haben. Wir unterstützen zeitgleich die Bemühungen der Integrationsministerin Irene Alt, Serbien, Bosnien-Herzegowina und Mazedonien nicht zu sicheren Herkunftsstaaten listen zu lassen, solange die als sicher einzustufenden Staaten keinen effektiven Schutz vor Verfolgung für die Minderheiten leisten.

Bei den diesjährigen rheinland-pfälzischen Beiratswahlen für Migration und Integration sind besonders alle Menschen mit Flucht- und Asylgeschichte, die sich in Rheinland-Pfalz aufhalten, aufgerufen, sich aktiv und passiv an den Wahlen zu beteiligen. Die AGARP sieht darin ein wichtiges politisches Zeichen. Unabhängig vom Aufenthaltsstatus ist Jede_r berechtigt, am 23. November 2014 wählen zu gehen oder sich bis zum 13. Oktober 2014 (in manchen Kommunen bis zum

6. Oktober 2014!) als Kandidat_in aufzustellen. Dies ist eine notwendige und dringliche Erweiterung der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für mehr Teilhabe. War es doch bisher politisch und rechtlich kaum im Mittelpunkt, Menschen mit Flucht- und Asylgeschichte längerfristig zu integrieren, da ihrem Aufenthalt von vornherein eine gewisse Kurzfristigkeit unterstellt wurde. Doch die Realität zeigt, dass viele Menschen aufgrund der Situation ihres Herkunftslandes länger hier leben. Dieser Aspekt muss in der integrativen Planung mehr Berücksichtigung finden.

Die Eröffnung von Teilhabe- und Mitwirkungsmöglichkeiten sollte auch auf der Agenda der dann neu gewählten Beiräte für Migration und Integration stehen. Gerade die Beiräte können ein erstes Sprachrohr für die Interessen von und für Menschen mit Flucht- und Asylgeschichte sein. Ein Beirat hat die Chance, z.B. durch flüchtlingspolitische Anträge und gezielte Begegnungen der Einheimischen und der Menschen mit Flucht- und Asylgeschichte Flüchtlingsarbeit in der Kommune als Thema zu verankern.

Die AGARP begrüßt die Gesetzeserweiterung der GemO § 56 und der LKO § 49 a, die den Kreis der Wahlberechtigten erweitert, soweit sie jeweils am Tage der der Stimmabgabe das 16. Lebensjahr vollendet haben. Die Gesetzeserweiterung ermöglicht so eine breitere Partizipation, unter anderem auch für die Menschen mit Flucht- und Asylgeschichte ab 16 Jahren. Dadurch wurde ein wichtiger Grundstein für mehr Teilhabe gelegt.

Ihre AGARP-Redaktion

*Quelle: <http://www.uno-fluechtlingshilfe.de>

Nr. 03 / August 2014

Inhalt

Editorial	1
Grußwort Miguel Vicente, BLMI	2
Leitartikel zu Abschiebehaft in Gefängnissen	3
Kampagne „Save me“	3
Der „kleine König“ für Mines Ioannidis	3
Beiräte als politische Interessenvertreter für Flüchtlinge	4
Raus aus der Isolation, Studierendeninitiative Cross Borders aus Gernersheim	5
Aktionstag gegen Abschiebehaft	6
„Trotz allem – ich lebe“: Wanderausstellung	6
Kompetent als Beirat	6+7
Termine	7

Impressum

Herausgeberin:

AGARP. Arbeitsgemeinschaft der Beiräte für Migration und Integration in Rheinland-Pfalz
Frauenlobstr. 15-19
55118 Mainz

Redaktion und Texte:

J. Adler, N. Canpolat,
A. Eppinger, I. Hoensch,
F. Kocatürk, Z. Saadoun,
E. Secker, S. Soendgen,
S. Steller, H. Tor,
C. Wittmer

Kontakt

Wahl14.agarp.de
www.agarp.de
info@agarp.de
Tel. 06131/ 638435

Grußwort des Beauftragten der Landesregierung für Migration und Integration, Miguel Vicente



In Deutschland steigen die Zahlen der Zuflucht suchenden Menschen wie seit vielen Jahren nicht mehr. Den Grund hierfür sehen wir allabendlich in den Nachrichten: Es sind die Bilder aus den Krisenregionen wie Syrien, Irak oder Afghanistan.

Die Flüchtlinge, die nach Deutschland kommen, sind nur ein kleiner Ausschnitt einer globalen Flüchtlingstragödie, die sich derzeit abspielt: rund 50 Millionen Menschen sind weltweit auf der Flucht, allein eine Million Kinder aus Syrien. Darum haben sich auch die Flüchtlingszahlen nach Deutschland zuletzt verdreifacht. Die Bundesländer, die Kommunen, viele Organisationen und einzelne Menschen leisten gerade Außerordentliches, um die Schutzsuchenden aufzunehmen und sie in ihrem neuen Lebensumfeld zu unterstützen.

Für die rheinland-pfälzische Landesregierung ist von besonderer Bedeutung, Flüchtlingen Schutz und ein neues Zuhause zu bieten. Jüngst hat auch der Landtag einstimmig die Landesregierung darin bekräftigt und den Weg geebnet, weitere Maßnahmen zu ergreifen. Flüchtlinge sollen verstärkt eine professionelle Migrationsberatung erhalten und die Möglichkeit, die deutsche Sprache zu erlernen, damit sie auch am sozialen und gesellschaftlichen Leben partizipieren können.

Dies sind Maßnahmen, die notwendig werden, wenn wir unsere Haltung gegenüber Flüchtlingen verändern wollen. Fluchtsuchende dürfen nicht weiter rechtlich und sozial wie eine Sondergruppe behandelt werden, der beispielsweise Integrationsangebote vorenthalten wird. Sie müssen weitestgehend mit anderen Zugewanderten gleichgestellt werden. Sie abwertende Sondergesetze, wie das Asylbewerberleistungsgesetz, gehören abgeschafft.

Dazu gehört auch, dass wir unser bisher geprägtes Bild von Flüchtlingen in Frage stellen. Ein Bild, das oft von zwei Gegensätzen geprägt ist, aber für die Betroffenen gleichermaßen problematisch ist. Hier, die unseren Sozialstaat Ausnutzenden, die unseren Wohlstand bedrohenden Menschen, vor denen man sich notfalls auch schützen darf. Dort, die Abhängigen und Hilfsbedürftigen, die ewig auf fremde Hilfe Angewiesenen. Beides Bilder, die für die Menschen verheerend und abwertend sind; Bilder, die auch einfach falsch sind.

Flüchtlinge dürfen nicht kriminalisiert werden, sie brauchen aber auch kein bevormundendes Mitleid. Sie brauchen vielmehr Gleichberechtigung und Rechte, damit sie ihr Schicksal in die eigenen Hände nehmen können. Sie brauchen eine faire Chance, hier ihren selbstbestimmten Platz in der Gesellschaft zu finden, ja vielleicht ihre neue Heimat.

Daher ist die Beteiligung von Asylsuchenden und Flüchtlingen bei den kommunalen Integrationsbeiräten ein wichtiger Schritt, den die Landesregierung sehr gezielt fördert. Sie sollen dadurch die Möglichkeit erhalten, ihre politische Erfahrung und Kompetenz einzubringen und somit die Flüchtlingsarbeit in den Kommunen stärken. Und obendrein werden sie vor allem zu mündigen Bürgerinnen und Bürgern, die ihr Schicksal selbst in die Hand nehmen und zugleich einen wichtigen gesellschaftlichen Beitrag leisten.

Miguel Vicente

Beauftragter der Landesregierung für Migration und Integration

Leiturtel von EU-Richter_innen zu Abschiebehaft in Gefängnissen

Menschen, die auf ihre Abschiebung warten, dürfen nicht in normalen Gefängnissen untergebracht werden

Die deutschen Bundesländer dürfen Menschen, die auf ihre Abschiebung warten, nicht in regulären Gefängnissen unterbringen. Das hat der Europäische Gerichtshof (EuGH) in Luxemburg (Juli 2014) in einem Leiturtel entschieden.

Wenn eine Haft unvermeidlich sei, müssten die Betroffenen in speziellen Einrichtungen einquartiert werden, unterstrichen die höchsten EU-Richter. Die Menschen müssten „unter vollständiger Achtung der Grundrechte“ in ihr Herkunftsland zurückgebracht wer-

den. (AZ: C-473/13, C-514/13, C-474/13)

Laut der Organisation Pro Asyl koordinieren zurzeit sechs Bundesländer die Straf- und Abschiebehaft Baden-Württemberg, Hessen, Nordrhein-Westfalen, Hamburg, Sachsen-Anhalt und Thüringen. Die Mehrzahl der deutschen Bundesländer hat keine speziellen Abschiebezentren. Das Fehlen eigener Einrichtungen rechtfertigt die Unterbringung von Migrant_innen in Gefängnissen nicht, unterstreichen die Richter_innen.

Flüchtlingsrechtler_innen kritisieren seit langem, dass Migrant_innen in den Haftanstalten sehr strengen Bedingungen unterliegen: So dürfen sie etwa nur selten Besuch empfangen, kaum telefonieren oder kein Bargeld besitzen.

Viele der Menschen hätten tatsächlich Anspruch auf internationalen Schutz und seien nur deshalb inhaftiert, weil sie unter den EU-Zuständigkeitsregeln in ein anderes EU-Land gebracht würden, erläutert PRO ASYL.

Die Kampagne Save me

Aufnahme von Flüchtlingen in Deutschland über das Resettlement-Programm der Vereinten Nationen

Save me setzt sich dafür ein, Flüchtlinge in Deutschland aufzunehmen, ohne dass diese auf eigene Faust den gefährlichen Weg nach Europa wagen müssen.

Die Kampagne hat das Ziel, mehr Flüchtlinge in Deutschland neuansiedeln (sogenanntes Resettlement) die Rechte der aufgenommenen Flüchtlinge zu stärken und eine neue Willkommensstruktur für Flüchtlinge schaffen. Save me fordert u.a. Schutz für Flüchtlinge und Familien, freie Wohnortwahl, Arbeitsmarktunterstützung und kommunale Unterstützung. Jede_r Einzelne kann etwas tun: als Unterstützer_in auf der Homepage erscheinen, sich an

der lokalen Save-me Gruppe beteiligen oder eine neue Gruppe gründen.

Unter dem Motto „Save me - eine Stadt sagt ja“ haben sich bislang über 50 Städte per Ratsbeschluss für eine Aufnahme von Flüchtlingen bekannt. Eine Liste der Städte, die sich an der Kampagne beteiligen, finden Sie [hier](#).

Die Idee zu Save me entstand beim Bayerischen Flüchtlingsrat, bekannt gemacht und maßgeblich gefördert wird sie von der bundesweiten Menschenrechtsorganisation PRO ASYL. Mitgetragen und unterstützt wird die Save-me-Kampagne von über 50 überregionalen namhaften Organisationen, Kirchen und Verbänden. Auf lo-

kaler Ebene zählt die Unterstützung von Vereinen, Organisationen, Parteien ein Vielfaches.

Alles zusammen – die lokalen Initiativen, ihr Netzwerk und die bundesweite Verankerung – macht die Vielfalt und Stärke von Save me aus.



Der „Kleine König“ für Minas Ioannidis

Ehrenpreis 2014 der Stadt Ingelheim für den Vorsitzenden des BMI Ingelheim

Zum traditionellen Karlsempfang der Stadt Ingelheim wurde Minas Ioannidis Ende Januar diesen Jahres für sein herausragendes ehrenamtliches Engagement mit dem „Kleinen König“ geehrt. Der „Kleine König“ wurde Herrn Ioannidis durch den Oberbürgermeister Ralf Claus für seine Ver-

dienste der letzten 20 Jahre im Bereich Integration verliehen.

Die musikalische Umrahmung erfolgte durch die Folk-Jazzband der Musikschule des Weiterbildungszentrums.

Auf besonderen Wunsch von Minas Ioannidis spielte die Band unter ande-

rem ein griechisches Volkslied, zu dem er alle zum Tanz einlud. „Das Musikstück hat mich sehr berührt“, gestand er in seiner Dankesrede.

Fazit des Ehrenpreisträgers Minas Ioannidis: „Wir fördern nicht nur die Vielfalt, sondern wir leben sie auch“.

„Beiräte als politische Interessenvertreter für Flüchtlinge“ Partizipationschancen für Menschen mit Flucht- und Asylgeschichte

Seit 2001 findet am 20. Juni der Internationale Flüchtlingstag statt. Neben den jungen Menschen und den Frauen stehen in diesem Jahr die Menschen mit Flucht- und Asylgeschichte im Fokus. Daher führte die AGARP in Kooperation mit der Heinrich-Böll-Stiftung RLP und dem AK ASYL eine Veranstaltung zu „Integrativer Flüchtlingsarbeit“ durch. Ziel der Veranstaltung war, Handlungsempfehlungen für die Beiräte für Migration und Integration zu erörtern, um die Beiratsarbeit flüchtlingspolitisch zu stärken.

Neben der Referentin Marissa Balkiz Turaç waren auch der Landesbeauftragte Miguel Vicente, Pfarrer Siegfried Pick und der kommissarische AGARP-Vorsitzende Aleksandar Ceh eingeladen, um in einer Podiumsdiskussion Fragen zur integrativen Flüchtlingsarbeit zu beantworten.

Nach der Veranstaltung führten wir ein Interview mit Frau Turaç.

Frau Turaç, kurz zusammengefasst, was verstehen Sie unter integrativer Flüchtlingsarbeit?

Integrative Flüchtlingsarbeit heißt in erster Linie diesen Menschen eine Zukunfts- und Lebensperspektive zu bieten, um ein selbstbestimmtes und menschenwürdiges Leben zu führen. Konkret beinhaltet das u.a. einen Zugang in den Bildungs-, Ausbildungs- und Arbeitsmarkt, die Aufhebung der Residenzpflicht, Abkehr von Massenunterkünften sowie eine gesellschaftliche Einbindung und Teilhabe, um sie aus ihrer Isolation herauszuholen.

Integrative Flüchtlingsarbeit beinhaltet aber auch eine integrationspolitische Lobbyarbeit für eine Gruppe von Menschen, die bislang von Kirchen, Wohlfahrtsverbänden und einigen zivilgesellschaftlichen Initiativen Unterstützung erfahren hat. Eine Lobbyarbeit, die nicht auf einzelne Aktivitäten oder punktuelle Unterstützung setzt, sondern perspektivisch angelegt ist.

Wir brauchen Fürsprecher, die als Ansprechpartner und Anwalt für die Be-

lange von Flüchtlingen auftreten und politisch als zuverlässige Interessenvertreter agieren können.

Statt eines defizitorientierten Diskurses, brauchen wir einen Perspektivwechsel hin zu einer ressourcenorientierten Sichtweise, welche die Potenziale dieser Menschen in den Blick nimmt und ihnen eine gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht.

Man kann folgende Aspekte als wesentliche Forderungen formulieren:

- politische Lobbyarbeit für Flüchtlinge
- bundesweite Zuständigkeit von Integrationsbeauftragten für Flüchtlinge
- integrationsarbeit auf Menschen mit Flucht- und Asylgeschichte ausweiten und etablieren sowie für eine Verbesserung der rechtlichen und sozialen Lebensbedingungen von Flüchtlingen eintreten

Was können Beiräte tun, um die Selbstartikulation von Menschen mit Flucht- und Asylgeschichte zu stärken?

Nun, die ersten Schritte haben Sie ja bereits mit Ihrer Veranstaltung am 20. Juni 2014 für die anstehenden Beiratswahlen unternommen. Die Partizipationschancen für Menschen mit Flucht- und Asylgeschichte als ein Schwerpunkt für die Beiratswahlen 2014 in Rheinland-Pfalz zu thematisieren, ist immerhin ein konkreter Anfang.

Vielmehr beeindruckt mich, dass Flüchtlinge bei den anstehenden Beiratswahlen in Rheinland-Pfalz sowohl ein passives als auch aktives Wahlrecht haben, unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus.

Das zeigt den politischen Willen des Integrationsministeriums Rheinland-Pfalz sich dieser Zielgruppe zu öffnen, sich ihrer anzunehmen. Was damit anfängt, dass die Migrationsräte Flüchtlingen, unabhängig vom Aufenthalts-

status, eine politische Wirkungsplattform bieten. Damit sind Sie vielen Bundesländern voraus.

Unabhängig davon liegt die Stärke der Migrationsräte darin, politisch als zuverlässiger Interessenvertreter für die Belange von Flüchtlingen zu agieren. D.h. der Asylthematik ein integrationspolitisches Gewicht zu verleihen.

Darüber hinaus ist eine starke Vernetzung zwischen Beiräten, integrationspolitischen Akteuren mit den Beratungs- und Betreuungsstrukturen für Flüchtlinge hilfreich, um die Partizipations- und Mitwirkungsmöglichkeiten in der Beiratsarbeit für Flüchtlinge sichtbar zu gestalten und bekannt zu machen.

Wo sehen Sie die Aufgaben der Landes- aber auch der Bundesregierung, um eine ressourcenorientierte Flüchtlingsarbeit zu ermöglichen?

Wie ich bereits erwähnt habe, brauchen wir einen Perspektivwechsel in der Flüchtlingsarbeit.

Das beinhaltet u.a. die Öffnung der bestehenden Strukturen für Menschen mit Flucht- und Asylgeschichte z.B.:

- die Öffnung des Jugendhilfesystems für Kinder und Jugendliche mit Flucht- und Asylgeschichte,
- Flüchtlingen freien Zugang zum Bildungs-, Ausbildungs- und Arbeitsmarkt ermöglichen,
- ihnen den Zugang zum Wohnungsmarkt gestatten,
- die Kulturelle und zivilgesellschaftliche Teilhabe ermöglichen, z.B. Freiwilligendienste.

Daher sind die integrationspolitischen Bemühungen und einzelnen Aktivitäten in den jeweiligen Bundesländern als überaus positive Akzente anzusehen, die der Asyldebatte neue und fruchtbare Impulse verleihen.

Raus aus der Isolation!

Studierendeninitiative Cross Borders aus Germersheim

Im Dezember 2013 gründete sich die Studierendeninitiative Cross Borders. Am 11. März 2014 hatte die Initiative Gelegenheit, sich bei der Beirats-sitzung des Beirats für Migration und Integration Kreis Germersheim vorzu-stellen. Die AGARP hat bei den Koor-dinatorinnen fünf Monate später nach-gefragt, wie sich das Projekt zwi-schenzeitlich entwickelt hat.

Frau Schepelmann und Frau Eimertenbrink, was war der Anlass für die Gründung Ihrer Initiative?

Ins Leben gerufen wurde das Projekt im Dezember 2013 bei einem Amnesty International Vortrag mit dem Titel „Aus dem Leben eines Flüchtlings“. Die ergreifenden Schilderungen, sowie die Tatsache, dass momentan rund 300 Flüchtlinge im Landkreis Germersheim leben, von denen die meisten kein Anrecht auf Deutschkurse haben und damit kaum Möglichkei-ten, am Alltag teil zu nehmen, weckten in 35 Studierenden die große Bereit-schaft zu handeln.

Welche Resonanz erleben Sie vor Ort? Wie gestaltet sich die Unter-stützung seitens der Kommune oder des Beirats?

Der Beirat hat uns vom ersten Tag an tatkräftig unterstützt. Er half uns bei der Vernetzung mit wichtigen Instituti-onen und informiert uns regelmäßig über themenrelevante Veranstaltungen sowie weitere Förderungsmöglichkei-ten. Außerdem hat der Beirat uns bei der Auftaktveranstaltung den Projekt-start mit einer Spende erleichtert. Der

Beiratvorsitzende, Ziya Yüksel gab den Flüchtlingen sogar die Möglichkeit, kostenfrei am Fußballtraining des Fußballvereins Türkgücü teilzunehmen und sie so über den Sport aus der Iso-lation zu holen.

Welche Veranstaltungen haben Sie mittlerweile durchgeführt? Welche Ergebnisse haben Sie erzielen können?

Innerhalb kürzester Zeit holte Cross Borders ca. 60 teilweise traumatisierte Flüchtlinge aus den Kreisen Germersheim, Speyer, Landau, Neu-burg und Pirmasens aus der Isolation. Die Organisation und Aufstellung der Deutschkurse ließ auch nicht lange auf sich warten: Seit April 2014 finden sie viermal die Woche direkt an der Uni statt und werden von 22 Teilnehmern rege angenommen. Neben den regel-mäßigen Stammtischen organisierten wir didaktische Expertenworkshops zum Thema Deutsch als Fremdsprache und arbeiten eng zusammen mit dem Verein *Teachers on the Road*. Außerdem konnten wir die Flüchtlinge in den Uni-Alltag einbinden und bei uni-versitären Veranstaltungen, z.B. dem Fachschaftsfrühling aktiv teilnehmen lassen.

Überlegen Sie, Ihre Idee weiterzu-tragen? Was raten Sie Studierenden oder anderen vor Ort, die auch eine Initiative gründen wollen?

Da es einen großen Handlungsbedarf in Bezug auf das Leben von Flüchtlin-gen in Deutschland gibt, wäre es natürlich wünschenswert, wenn sich auch

andere Engagierte finden, die sich der Durchbrechung der Isolation von Flüchtlingen widmen. Auch wir haben uns ein Beispiel an anderen Projekten genommen und stehen im regelmäßi-gen Kontakt mit deren Koordinatoren. Gerne helfen wir auch bei jeglichen Fragen von Neugründern. Grundsätz-lich raten wir zur intensiven Öffentlich-keits- und Netzwerkarbeit.

In wieweit sehen Sie eine Verbin-dung mit Ihrer Initiative und den diesjährigen Beiratswahlen für Mig-ration und Integration?

Natürlich schauen wir den Wahlen in-teressiert entgegen, doch ganz unab-hängig vom Ergebnis hoffen wir, dass unsere gute Verknüpfung zum Beirat für Migration und Integration weiterhin aufrechterhalten bleibt. Wünschens-wert wäre es außerdem, wenn auch der neu aufgestellte Beirat sich für eine bessere Willkommenskultur in Deutschland einsetzen würde und auch dafür, dass das Leben von Flüchtlingen generell verbessert wird.



Aktionstag gegen Abschiebehaft am 30. August

Bundesweit werden am 30. August Veranstaltungen zum Thema Abschiebehaft durchgeführt.

Durch Aktionen kann auf die Situation und die Unterbringung der Menschen, die sich in Abschiebehaft befinden, aufmerksam gemacht werden.

Mit der Abschiebehaft setzt der Staat die Ausreisepflicht zwangsweise durch. Betroffen sind Migrant_innen, die seit längerem oder sogar seit vie-

len Jahren in Deutschland leben und das Aufenthaltsrecht verloren oder nie eines besessen haben.

In Abschiebehaft werden aber auch neu einreisende Asylsuchende genommen, die bereits bei ihrer Einreise von der Bundespolizei aufgegriffen werden.

Obwohl die Betroffenen in der Regel keine Straftat begangen haben, wird fundamental in ihre Freiheitsrechte

eingegriffen, so heißt es in der Einleitung der Dokumentation von PRO ASYL und des Diakonischen Werkes in Hessen und Nassau.

Diese Organisationen haben eine bundesweite Recherche initiiert mit dem Ziel, die Situation in deutschen Abschiebehaftanstalten vor Ort in Augenschein zu nehmen.

Den Link zur Dokumentation finden Sie [hier!](#)

Wanderausstellung „Trotz allem – ich lebe“

Kunststücke von Flüchtlingsfrauen

Die Ausstellung der UNO- Flüchtlingshilfe zeigt beeindruckende Bilder, mit denen Flüchtlingsfrauen ihre Erlebnisse verarbeiten. Nicht zufällig wurde der doppeldeutige Untertitel gewählt, denn alle vier Frauen haben Kunststücke vollbracht. Es ist ihnen gelungen, vor Verfolgung, Krieg und Bedrohung zu fliehen. Sie haben es geschafft, nach Deutschland zu kommen und sie sind

auch beharrlich den mühsamen Weg durch deutsche Ämter gegangen.

Erfolgreich geflohen zu sein, bedeutet aber nicht, dass der Schrecken des Erlebten spurlos vorbei ist. Auch Überleben, Weiterleben ist ein „Kunststück“.

Die Bilder der Ausstellung sind in der Kunsttherapie des Evangelischen Zentrums für Beratung und Therapie

"Haus am Weißen Stein" in Frankfurt a. M. entstanden.

Stellvertretend für alle teilnehmenden Flüchtlingsfrauen hat Kunsttherapeutin Barbara Wilz 21 Bilder ausgewählt. Außer für den Transport entstehen keine weiteren Kosten.

Der Ausstellungskatalog findet sich [hier!](#)

Kompetent als Beirat

Qualifizierungsseminare für die Beiräte vor Ort, im Rahmen des Projektes „Vielfalt und Kompetenz vor Ort“, gefördert durch das BAMF und das MIFKJF

„Interkulturelle Öffnung – Vielfalt gestalten!“ mit dem BMI in Simmern

Am 28. Juni 2014 fand in Simmern ein Qualifizierungsseminar der AGARP zum Thema „Interkulturelle Öffnung (IKÖ) – Vielfalt gestalten“ statt.

Simmern muss sich dem Thema der Interkulturellen Öffnung, insbesondere die IKÖ in Unternehmen stellen, „denn sie gilt als Brücke zwischen den Migrant_innen und allen in der Kommune lebenden Menschen, weil es zur

Chancengerechtigkeit zwischen allen Einwohner_innen in Simmern führt, weil IKÖ als Gewinn für die Unternehmen zu verstehen ist, weil IKÖ zu einem harmonischeren Miteinander in der Kommune führt, ...“, so die Stimmen der Simmerner Beiratsmitglieder auf der Veranstaltung.

Den Input zur IKÖ gab Doris Hormel, Referentin der Schulung und zeigte

den Teilnehmenden einige Strategien auf, die hierzu existieren.

Die Teilnehmenden erarbeiteten Umsetzungsschritte, um in Simmern Ungleichbehandlung und Ausgrenzung am Arbeitsplatz aufgrund von Herkunft, Sprache, Kultur, Religion, Geschlecht und Hautfarbe entgegenwirken zu können.

„5 Jahre Beiratsarbeit in Mayen-Koblenz – eine Auswertung“ mit dem BMI in MYK

Mit diesem Titel fand am 09. Juli 2014 in Mayen-Koblenz ein Qualifizierungsseminar der AGARP statt.

Ziel der Veranstaltung war es zum einen, zurückzublicken und zu reflektieren, was der Beirat in den letzten fünf Jahren erreicht hat und zum anderen, durch das Ergebnis der Auswertung, eine gelingende Staffelholzübergabe

für die neuen Beiratsmitglieder zu schaffen.

In Arbeitsgruppen stellten die Beiratsmitglieder, die „alten Hasen und Häsinnen“, mit der Unterstützung der Referentin Bettina Hof, die Projekte mit ihren Zielen, den Hemmnissen, den Unterstützern und weiteren Indikatoren vor.

Aus den Erkenntnissen dieser Arbeit erfolgt die Dokumentation, unterstützt durch die AGARP.

Der Leitfaden soll insbesondere für die „neuen Hasen und Häsinnen“ als Informationsbroschüre dienen, auf die sie bei Fragen zu der Beiratsarbeit in Mayen-Koblenz zurückgreifen können.

„Aktuelle Beiratsmitglieder treffen auf potentielle Kandidat_innen für die Beiratswahlen 2014“ mit dem BMI in Ingelheim

Auch der BMI Ingelheim äußerte den Wunsch, auf seine bisherige Beiratsarbeit zurückzublicken und sie auszuwerten. Die Qualifizierung wurde am 12. Juli 2014 durchführt.

Auf der Veranstaltung trafen die aktu

ellen Beiratsmitglieder auf potentielle Kandidaten für die Beiratswahlen 2014 und werteten die Beiratsarbeit der letzten 5 Jahre aus.

Diese Auswertung soll als Leitfaden für die neuen Beiratsmitglieder dienen

und ihnen einen einfacheren Einstieg in die Beiratsarbeit ermöglichen.

Zusätzlich lernten die Teilnehmenden einige Argumentationstechniken kennen, um z.B. neue Kandidat_innen für die Beiratsarbeit zu gewinnen.

Kandiat_innen und Wähler_innen für die Beiratswahlen Migration und Integration 2014 mobilisieren!

Anlässlich der bevorstehenden Beiratswahlen für Migration und Integration fanden am 04. Juni 2014 in Kooperation mit dem BMI in Andernach und am 03. Juli 2014 mit dem BMI in Ludwigshafen Qualifizierungsseminare zum Thema „Öffentlichkeitswirksame Wahlkampfstrategien“ statt.

Beiratsmitglieder aus Andernach, den Nachbarregionen, aber auch an der Beiratsarbeit Interessierte kamen zur Veranstaltung. Anregungen und Tipps, um potentielle neue Kandidat_innen zu werben, gab es durch die beiden Referentinnen Frau Prada und Frau Pintos.

Wie wichtig hierbei eine gute Netzwerkarbeit zu den verschiedenen Migrant_innenorganisationen ist, wurde auf der Veranstaltung deutlich. Auch wurden Ideen entwickelt, welche Zielgruppe wie und wo angesprochen werden kann, um viele Menschen für die Beiratswahlen zu erreichen.

Havva Tor, Projektmitarbeiterin der AGARP, wies auf die hilfreichen Informationsmaterialien zum Thema „Wahlkampf“ auf der CD-ROM der Handreichung „Kompetent vor Ort“ hin, die die Beiratsmitglieder für ihren Wahlkampf nutzen können.

Über Aktuelles zur Wahlkampagne berichtete Carlos Wittmer, Referent der AGARP, in Ludwigshafen und stand für Fragen und Antworten zur Verfügung. Welche Wirkung Bilder auf Plakaten und in den Medien bei Menschen erzeugen können, zeigte Sinan Yaman, Referent des Seminars in Ludwigshafen auf.

Die AGARP dankt allen Teilnehmenden für die Teilnahme und die sehr gute Zusammenarbeit. Informationen über das Projekt erhalten Sie [hier](#). Für Rückfragen, Kontakt: Havva.Tor@agarp.de

Termine - Termine - Termine - Termine - Termine - Termine – Termine

- | | |
|--------------------|---|
| 19.09.2014 | Tagung „Ich bin doch kein Opfer – Stark gegen Rassismuserfahrungen“ |
| 14.00 – 18.00 Uhr | Ort: Erbacher Hof, Grebenstraße 24 – 26, 55116 Mainz
Den Einladungsflyer mit Anmeldeformular finden Sie Mitte August auf AGARP-Homepage |
| 26.09.2014 | Tagung "Abbau von Zugangsbarrieren für Migrant_innen in Kommunen" |
| 15.00 - 20.00 Uhr | Ort: Villa Belgrano Boppard
Den Einladungsflyer mit Anmeldeformular finden Sie Mitte August auf AGARP-Homepage |
| 10. 10.2014 | Öffentliche AGARP-Mitgliederversammlung |
| 16.00-20.00 Uhr | Ort: Im Landtag / Platz der Mainzer Republik 1 / 55116 Mainz
Den Einladung mit Anmeldeformular finden Sie Mitte August auf AGARP-Homepage |